



DIÖZESANKOMITEE
DER KATHOLIKEN IM
BISTUM MÜNSTER

Beschluss der

Vollversammlung am 4. Juni 2016

Gesetzgebungsentwurf der Bundesregierung zur Fracking- Technologie

Das Diözesankomitee der Katholiken im Bistum Münster hat 2011 ein Positionspapier zur Fracking - Technologie verabschiedet. Seither wird das Thema von ihm kontinuierlich und kritisch begleitet. Die aktuellen politischen Entwicklungen machen eine erneute Positionierung notwendig, denn das von der Bundesregierung im vergangenen Jahr vorgelegte Gesetzespaket weist gravierende Lücken und Mängel auf:

- Die Gefahren für unser Trink- und Grundwasser werden vollkommen unzureichend behandelt.
- Das Entsorgungsproblem der Lagerstättenwässer und der eingesetzten Frackingflüssigkeiten (Flowback) bleibt ungelöst.
- Die in großem Umfang fortschreitende Versiegelung und Zerstörung von fruchtbaren Böden wird nicht verhindert.
- Die Instrumente der vorgesehenen Bürgerbeteiligung sind nicht ausreichend bestimmt.
- Das Gesetzespaket läuft den nationalen Klimaschutzziele der Bundesregierung massiv zuwider (Reduktion der CO₂- Emissionen von mindestens 40% bis 2020 und 80-95% bis 2050 gegenüber 1990).

Weil die gesundheits-, wasser- und bodenschutzrechtlichen Bedenken im Gesetzgebungsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt wurden, kristallisierte sich im politischen Diskurs heraus, dass immer größere Teile der Bevölkerung und Politik ein vollständiges Verbot der Fracking- Technologie fordern.

Vor diesem Hintergrund und in Anwendung des Vorsorgeprinzips fordert das Diözesankomitee mit Nachdruck vom Gesetzgeber, die Fracking- Technologie vollständig zu verbieten.

Münster, den 4. Juni 2016